DEUTSCHE KOMMISSION JUSTITIA ET PAX

... in Kürze

Ausgabe 16
12/2010

***Mit dieser Sonderausgabe zum Friedenspolitischen Kongress von JP wünschen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle frohe Weihnachten und Gottes Segen zum Neuen Jahr 2011***

## *„Frieden und die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" Friedenspolitischer Kongress der Deutschen Kommission Justitia et Pax aus Anlass von 10 Jahren „Gerechter Friede"*

*Vom 25. – 27. November 2010 in der Katholischen Akademie Berlin*

Der friedenspolitische Kongress zielte darauf, Raum für eine angemessene Behandlung drängender friedens- und sicherheitspolitischer Fragen zu schaffen. Die Perspektiven der katholischen Friedenslehre, wie sie im Wort der Deutschen Bischöfe „Gerechter Friede" 2000 für den deutschen Zusammenhang entfaltet worden waren, sollten in den politischen Diskurs eingebracht und ihre Relevanz unter Beweis gestellt werden.

Gespräche am Rande

Anhand konkreter Fallbeispiele zu Afghanistan, Kongo und Bosnien Herzegowina wurden in drei Foren (Seite 2 ff.) sowohl prinzipielle Erwägungen angestellt als auch praktische Lösungsansätze erörtert. Dabei brachten wichtige Partner ihre Erfahrungen in den deutschen Diskurs ein und trugen so zur Perspektiverweiterung bei. Die Hauptrede hielt der Präsident des Päpstlichen Rates Justitia et Pax, Peter Kodwo Appiah Kardinal Turkson (S.5).

Peter Kardinal Turkson (re) und Bischof Dr. Stephan Ackermann

## *Eröffnungsrede von Bischof Dr. Stephan Ackermann zur friedensethischen Perspektive*

In seiner Eröffnungsrede unterstrich *Bischof Dr. Stephan Ackermann*, der Vorsitzende der Deutschen Kommission Justitia et Pax, die Notwendigkeit einer differenzierten und kontinuierlichen Auseinandersetzung mit friedens- und sicherheitspolitischen Themen. Eine Verdrängung dieser Themenfelder helfe nicht weiter. Die friedensethische Perspektive müsse über die zu verändernden Realitäten hinausweisen. Gerechtigkeit, Wahrheit und Versöhnung seien dabei in all ihrer Sperrigkeit wesentliche Grundsperspektiven, ohne die die Wirklichkeit nur unzureichend in den Blick komme. Der Vorsitzende unterstrich, dass es zum Selbstverständnis der kirchlichen Friedensverkündigung gehöre, dass diese sich nicht auf einige unwandelbare Prinzipien zurückziehe, sondern vielmehr im Sinne einer unabgeschlossenen Lernbewegung das eigene Denken und Handeln in kontinuierlicher Auseinandersetzung mit den geschichtlichen Gegebenheiten weiterentwickele. In diesem Sinne sei auch der Kongress zu verstehen.

Bischof Dr. Ackermann bei der Eröffnungsrede

## *„Friedenspolitische Verantwortung und zivile Gesellschaft. Über die Notwendigkeit eines sachgemäßen friedens- und sicherheitspolitischen Diskurses"*

Die darauf folgende Podiumsdiskussion leitete *Prof. Thomas Hoppe*, der Moderator für den Arbeitsbereich Frieden der Kommission, mit einem Im-

Prof. Dr. Thomas Hoppe beim Vortrag

pulsvortrag ein: für einen angemessenen friedens- und sicherheitspolitischen Diskurs bedürfe es dringend einer Verständigung über den normativen Bezugsrahmen der entsprechenden Politiken. So wichtig in diesem Zusammenhang die Verantwortung der Politik sei, so dürfe man dieser die normative Verständigung aber nicht allein überlassen, da diese immer in der Gefahr stünde, notwendige ethische Grundpositionen aufgrund der eigenen systemischen Handlungsdrücke abzuschleifen. In diesem Zusammenhang wies Prof. Hoppe der Zivilgesellschaft eine besondere kritisch korrigierende Rolle zu, die ihrerseits auf eine entsprechende Dialogbereitschaft seitens der Politik angewiesen sei. Insbesondere eine stärkere konzeptionelle Einbeziehung der Möglichkeiten ziviler Konfliktbearbeitung sowie eine klarere Ausrichtung der Gesamtpolitik am Konzept „Responsibility to Protect" bedürfe der Unterstützung durch die Zivilgesellschaft.

Winfried Nachtwei MdB a.D.

Die Einschätzungen zum aktuellen Debattenstand in Deutschland wurden von dem langjährigen Mitglied des Bundestags und friedens- und sicherheitspolitischen Experten *Winfried Nachtwei* ebenso geteilt wie vom Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses *Ruprecht Polenz*. Im Wesentlichen würden diese Diskussionen im öffentlichen Raum ad hoc, situativ und militärfixiert geführt. Nur in relativ engen Fachkreisen bestünde die notwendige Aufmerksamkeit. Der Friedensbeauftragte der EKD *Pastor Renke Brahms* unterstrich in diesem Zusammenhang noch einmal, dass die Kirchen in friedensethischen Fragen in derselben Perspektive denken und handeln würden. Es liege nicht zuletzt in ihrer Verantwortung, die eigenen ethischen Perspektiven durch gemeinsames Handeln stärker zur gesellschaftlichen Geltung zu bringen.

Prof. Dr. Barbara Krause als Moderatorin und Prof. Dr. Herfried Münkler

Dissens zeigte sich aber hinsichtlich der Bewertung der Rolle der Zivilgesellschaft. *Prof. Herfried Münkler* stellte die fachliche Kompetenz der Zivilgesellschaft hinsichtlich der Bewertung der komplexen friedens- und sicherheitspolitischen Zusammenhänge in Frage und konstatierte eine „Inkompetenz-Kompensations-Kompetenz". Vielmehr machte er eine Flucht in die Genugtuung über die eigene „richtige" Sichtweise aus. Ihm zu folge verstellt die ethische Perspektive allzu oft den Blick auf die harten Realitäten und trägt zu einer falschen Beruhigung bei. Daher plädierte er für einen an Rationalität und Interessen ausgerichteten Zugang zu den Problemstellungen und brachte dies auf den Punkt einer Umstellung der Perspektive von Intentionalität zu Funktionalität. Dieser pronouncierten Position widersprach u.a. Prof. Hoppe: ohne eine Klärung des normativen Bezugsrahmens und einer entsprechenden Ausrichtung des eigenen Handelns dürfte man kaum in der Lage sein, die realen Gewaltbedingungen zu durchbrechen oder auch nur zu minimieren. Vielmehr stünde man in der Gefahr, diese als gegeben zu nehmen und entsprechend ungewollt zu perpetuieren. Einig wurde man sich auf dem Podium aber, dass zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme auch eine kritische Auseinandersetzung mit dem westlichen Lebensstil gehören müsse und der Tatsache, dass der immense Ressourcenverbrauch des Westens mit zu den großen Konfliktpotentialen zählt. Der Ernst der friedens- und sicherheitspolitischen Debatte erweise sich wesentlich mit an der Bereitschaft, die eigene Verwobenheit in die Gewaltökonomien zu befragen.

Eröffnungspodium mit Nachtwei, Brahms, Krause, Münkler, Polenz MdB u. Hoppe (von li nach re)

## *Forum: Krieg und Frieden – Anforderungen an die deutsche Politik*
## *Der Fall: Afghanistan*

Die Wahrnehmung der gegenwärtigen Lage in Afghanistan durch die Gesprächsteilnehmer differierte. Während *Dr. Oliver Müller* von Caritas international vor allem auf die sich verschlechternde Sicherheitslage abhob, betonte der Vertreter des Auswärtigen Amtes *Dr. Philip Ackermann* die Indikatoren für eine zumindest in Teilen erfolgreiche Arbeit, etwa bei der Bekämpfung der Kindersterblichkeit oder der gestiegenen Häufigkeit des Schulbesuchs.

*Winfried Nachtwei* mahnte insgesamt eine sorgfältige Analyse der Gesamtlage an. Nur so könnten Einschätzungen gewonnen werden, die ehrlich, offen und nüchtern die begrenzten Möglichkeiten des Einsatzes militärischer Mittel wie auch des Einsatzes ziviler Organisationen benennen und in eine öffentliche Diskussion bringen. Die bereits in Teilen zunehmende Offenheit der Debatte in den vergangenen Monaten wurde von allen Podiumsteilnehmern begrüßt, wenngleich besonders in den Wortmeldungen des Auditoriums auf Defizite hingewiesen wurde, etwa in der Auseinandersetzung mit konkreten Zielen des Einsatzes.

Lüders, Müller, Justenhoven,IThF (Moderation), Ph. Ackermann u. Nachtwei beim Afghanistan-Podium

Angesprochen wurden von den Teilnehmern die komplexen und für Außenstehende nicht leicht zu durchdringenden inneren Machtverhältnisse auf den verschiedenen Verwaltungsebenen des Landes Zentralstaat, Provinz und Dorf. Wenngleich darüber Einigkeit bestand, dass es sich um eine von Clan- und Stammesstrukturen geprägte Gesellschaft handelt, so gingen die Experten in den daraus resultierenden Handlungsanalysen auseinander. Der Vertreter des Auswärtigen Amtes erkannte in den Ältestenversammlungen ausbaufähige partizipative Elemente, wogegen der Islamexperte *Michael Lüders* in diesen Strukturen gerade eine wesentliche Ursache des westlichen Misserfolgs erblickte, indem jedwede Gemeinwohlorientierung durch dominierende Stammesloyalitäten auf allen Ebenen verunmöglicht werde. Demokratische Verhältnisse könnten daher keinesfalls zum gegenwärtigen Zeitpunkt aufgebaut werden.

im Vordergrund Myroslava Rap, ehemals JP Ukraine

Zur qualitativen Verbesserung des Dialogs wie auch zur breiteren Verankerung der Debatten in der Öffentlichkeit regte *Winfried Nachtwei* eine deutlich verbesserte Einbindung der Afghanistan-Rückkehrer des zivilen Sektors in Institutionen und Diskussionsstrukturen an. Das Potenzial dieser vielfach hoch motivierten Menschen könnte im Sinn eines verbesserten Mitteleinsatzes noch wesentlich besser genutzt werden.

Das Konzept zivil-militärischer Zusammenarbeit wurde ebenfalls unterschiedlich bewertet. Als besonders hinderlich erweist sich dabei, dass bislang eine begrifflich scharfe Definition von Regierungsseite ausstehe, so dass, wie *Dr. Müller* hervorhob, eine inhaltliche Auseinandersetzung nur anhand internationaler Fachliteratur zu führen sei – und nicht etwa mit dem BMZ, dem Verteidigungsministerium oder Auswärtigen Amt. Einvernehmlich erklärten die Diskutanten lediglich die Notwendigkeit einer wie auch immer gearteten Aufeinanderbezogenheit militärischen wie zivilen Engagements. Über die konkrete Ausgestaltung wird eher Dissens zwischen den Akteuren der Zivilgesellschaft und der Bundesregierung vermutet, wenngleich eine intensive Auseinandersetzung über konkrete Positionen aus den genannten Gründen nicht möglich sei.

## *Forum: Krieg und Frieden*
## *Der Fall: Kongo*

Sr. Marie-Bernard Alima zur Lage im Kongo und Günter Nooke

Der Osten der Demokratischen Republik Kongo kommt nicht zur Ruhe. Mit ihrer Situationsanalyse legte *Sr. Marie Bernard Alima*, die Leiterin des Sekretariats Frieden und Gerechtigkeit der kongolesischen Bischofskonferenz (CENCO) und der regionalen Bischofskonferenz Zentralafrika (ACEAC), eindrücklich die verschiedenen Ursachen dafür dar. Neben den wieder stärker werdenden Aktivitäten der bewaffneten Rebellengruppen LRA (Lord Resistance Army) und FDLR (Demokratische Kräfte zur Befreiung Ruandas) auf kongolesischem Boden und der anhaltenden Übergriffe auf das Leben und die Unversehrtheit von Zivilisten, verhindern vor allem die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und das Fehlen staatlicher Sicherheitskräfte den Frieden im Osten der DR Kongo. Um dieser Situation entgegenzuarbeiten, setzt die Kirche auf drei Arbeitsschwerpunkte: die Bürgerrechts- und Demokratieerziehung, den Aufbau partizipativer lokaler Mitbestimmungsformen und den Kampf gegen

Klitsch-Ott (Mitte) und Hippler (re) mit Dr. Hagemann (Moderatorin)

Korruption durch Aufklärung und Bildung.
Die größte Herausforderung für den Frieden sei die wirtschaftliche Dimension des Konfliktes. Eine gerechte Verteilung aus den Erträgen der Ausbeutung der Bodenschätze sei eine Herausforderung für die internationale Staatengemeinschaft und eine Anfrage an internationale Solidarität. Zu diesem Punkt entwickelten *Michael Hippler* vom Bischöflichen Hilfswerk Misereor und *Christoph Klitsch-Ott* von Caritas international die Linien ihrer Arbeit in der DR Kongo, die die leidende Bevölkerung in den Mittelpunkt stellt und die Kooperationspartner politisch, finanziell und instrumentell unterstützt. Auf lokaler Ebene gelte es, die Infrastruktur, Straßenbau, Schulen, Gesundheitsdienste zu erhalten bzw. wieder aufzubauen. Die Eingliederung von Flüchtlingen sei notwendig, um die Aussichten auf eine Befriedung zu verbessern. Die Herausforderung liege auf drei Ebenen: Lokal bei der Arbeit mit der Bevölkerung, regional bei der Auseinandersetzung mit den Tätern und den bewaffneten Gruppen sowie international bei der Schaffung von Strukturen, die das Ausbrechen neuer Begierden und Gewalttaten erschweren. Da die Rebellengruppen international aufgestellt sind, müsse auch international entgegengewirkt werden.
In Bezug auf die politische Arbeit verwies Sr. Marie-Bernard auf die Relevanz von nationalen Gesetzen der Nutznießerstaaten von seltenen Erzen und Rohstoffen, etwa das geplante US-amerikanische Gesetz das hoffentlich dazu beitragen werde, die Geldflüsse der Rohstoffausbeutung zu den bewaffneten Terrorgruppen zu unterbinden und weitere Staaten dazu ermutige, ähnliche Gesetze zu erlassen.
Die deutsche Regierung trägt, wie *Günter Nooke*, der persönliche Afrikabeauftragte der Bundeskanzlerin ausführte, Erhebliches an finanzieller Unterstützung über die EU, die UN und die Weltbank bei. Nicht zuletzt über die Förderung des Zivilen Friedensdienstes und die Arbeit von NRO in der Region setze die Bundesregierung auf die Stärkung der Zivilgesellschaft, um langfristig friedensstabilisierende Strukturen zu schaffen. Die Bundesregierung unterstütze insbesondere die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofs sowie den Schutz von Menschenrechtsverteidigern. Aus dem Plenum des Forums wurde ein Gesamtkonzept für die Region angefragt und eine klarere Politik der Bundesregierung.

Alima, Nooke, Hagemann, Klitsch-Ott u. Hippler (von li nach re)

## *Forum: Nach dem Krieg und vor dem Frieden*
## *Der Fall: Bosnien-Herzegowina*

*Prof. Dr. Niko Ikic*, der Vorsitzende des Instituts für interreligiösen Dialog in Sarajewo führte in die Problematik der Situation in Bosnien-Herzegowina ein. Dabei hob er auf die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft für die Konstruktion des Staatsgebildes durch den Friedensvertrag von Dayton 1995 ab. Die dort sanktionierte Verfassung ermögliche es nicht, ein funktionierendes Staatswesen zu entwickeln. Insbesondere ist es nicht dazu angetan, die ethnische Spaltung des Landes überwinden zu helfen. Es habe sich in den vergangenen Jahren wiederholt gezeigt, dass die bosnische Politik nicht in der Lage sei, aus eigener Kraft, die gravierenden Probleme zulösen. Entsprechend forderte Prof. Ikic die internationale Gemeinschaft auf, mehr Interesse und Engagement für die Entwicklungen in BiH zu zeigen.

Prof. Dr. Niko Ikic zu Spannungen in Bosnien-Herzegowina

Teilnehmende beim Bosnien-Forum

Die Podiumsteilnehmer aus dem Deutschen Bundestag, *Dietmar Nietan* und *Michael Brand* unterstrichen einhellig die Notwendigkeit, weiterer internationaler und insbesondere europäischer Initiativen. Die Situation in BiH bedürfe vor dem Hintergrund der massiven Armut und der aus der gesellschaftlichen Stagnation resultierenden weitverbreiteten Hoffnungslosigkeit dringend neuer Impulse. Der kontinuierliche Einsatz von Justitia et Pax für die Stärkung der Aufmerksamkeit für die Entwicklungen in BiH wurde als hilfreich bewertet. *Botschafter Nikolaus Graf Lambsdorf*, der Beauftragte für Südosteuropa im Auswärtigen Amt, wies darauf hin, dass trotz der unbestreitbaren wirtschaftlichen Stagnation im vergangenen Jahrzehnt eine Reihe wichtiger Fortschritte erzielt werden konnten und man sich daher hüten solle, das Bild zu dunkel zu zeichnen. Insbesondere die Entwicklung einer EU-Beitrittsperspektive sei hier zu nennen. Zugleich schloss er eine

Revision des Dayton-Vertrags durch die internationale Gemeinschaft als einen unzeitgemäßen spätkolonialen Akt aus. Veränderungen müssten gestützt und gefördert durch die internationale Gemeinschaft und speziell die EU von den Akteuren in BiH selbst ausgehen. In diesem Zusammenhang zeigte sich Graf Lambsdorf zuversichtlich, dass die derzeitigen Bestrebungen einer Verfassungsreform zu einem produktiven Ergebnis kommen würden. Die Diskutanten betonten die Notwendigkeit, verstärkt mit den moderaten Kräften zusammenzuarbeiten, wobei immer der Einfluss der Entwicklungen in Serbien und Kroatien zu bedenken bleibe. Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde erneut die Notwendigkeit zu substantiellen Fortschritten in den Versöhnungsprozessen unterstrichen. Dabei käme es darauf an, verlorenen gegangenes gesellschaftliches Vertrauen wiederherzustellen, was sich angesichts der tiefen Verwundungen als außerordentlich schwierig erweise. Die Kirchen und die anderen Religionsgemeinschaften stellten sich diesen Herausforderungen. Ihnen komme eine besondere Rolle zu.

Nietan MdB, Ikic, Dr. Albert, Renovabis (Mitte) als Moderator, Lambsdorff und Brand MdB

## *Umgang mit gewaltbelasteter Vergangenheit. Voraussetzungen und Hindernisse für Versöhnungsprozesse*

Die Panalisten schilderten Erfahrungen und Situationen aus ihrer Versöhnungsarbeit. *Peter Konteh* von *Justice and Peace Sierra Leone* beschrieb prägnant die Probleme, die sich aus dem Zusammenleben von Opfern und Tätern nach dem Bürgerkrieg ergeben. *Georg Hörnschemeyer* berichtet mit einleitenden Worten „Vergebung ist schrecklich" von den Schwierigkeiten mit Vergebung und Versöhnung, mit denen sich *Pax Christi* nach dem II. Weltkrieg auseinanderzusetzen hatte. *Dr. Nicola Rooney* stellte die Aktivitäten der Kirchen in *Nordirland* dar zum Friedensprozess beizutragen. *Prof. Dr. Niko Ikic*, der Vorsitzende des Instituts für interreligiösen Dialog in Sarajewo teilte mit den Anwesenden seine Reflektionen zu Erinnerung, Wahrheit, Versöhnung, die sich aus langjähriger Arbeit in Bosnien-Herzegowina entwickelt hatten.

Father Peter Konteh zu Sierra Leone

Dr. Nicola Rooney, JP Irland

Ungeachtet der Unterschiedlichkeit der Erfahrungshintergründe sowie der Ausgangsituationen waren sich alle Beteiligten einig, dass dem Dialog über die Wahrheit eine unverzichtbare Bedeutung zukommt. Die vielfältigen Dimensionen der Versöhnung, die Peter Konteh als Versöhnung mit sich selbst, den Nachbarn, der Gemeinschaft, den Vorfahren sowie mit Gott beschrieb, müssen angemessen zur Sprache kommen können. Hinsichtlich der Notwendigkeit, die Unversöhntheiten zur Sprache zu bringen, bezeichnete Prof. Ikic Wahrheit, Liebe, Freiheit als Kernbestandteile einer Grammatik der Versöhnung. Die Panelisten waren sich einig, dass eine vorschnelle Theologisierung der Versöhnungsrede kaum die geforderte Sprachfähigkeit fördern würde. Mit der Frage nach der Rolle der Gerechtigkeit beim Umgang mit gewaltbelasteter Vergangenheit wurde deutlich, dass es einen gravierenden Unterschied macht, ob man sich in einer direkten Nachkriegssituation befindet oder ob der zu behandelnde Konflikt schon drei Generationen zurückliegt. In einer Situation, in der, wie in Sierra Leone, vielen der Opfer das Nötigste zum Leben fehlt, können die finanziellen Aufwendungen für die internationalen Standards entsprechende strafrechtliche Verfolgung von Tätern schnell zu Empörung führen. Die Diskussion machte an diesem Punkt deutlich, dass die Gerechtigkeitsfrage zwar unverzichtbar ist, ihre Behandlung aber einen umfassenden Blick erfordert, der nicht allein auf strafrechtliche Belange fokussiert. Materielle wie symbolische Akte, die auf die Wiederherstellung der verletzten Würde der Opfer zielen, sind ebenfalls mit einzubeziehen. Hinsichtlich der Rolle der Kirche trat zu Tage, dass diese ihrem Versöhnungsauftrag nur dann glaubwürdig und wirksam nachkommen kann, wenn sie zugleich ihre eigene Verstrickung in bzw. Prägung durch die zur Diskussion stehende gewaltsame Vergangenheit ernsthaft in den Blick nimmt.

Podiumsdiskussion Umgang mit gewaltbelasteter Vergangenheit, Georg Hörnschemeyer, Dr. Nicola Rooney, Jörg Lüer (Moderation), Prof. Niko Ikic, Peter Konteh (von li nachre)

## *Die Kriege von heute und der Frieden von morgen. Oder: Wie kommen wir zu einer Weltfriedensordnung?*

### *- Hauptvortrag von Kardinal Turkson -*

Kardinal Peter Turkson beim Hauptvortrag

„Peace depends on us" mit dem Thema des Weltfriedenstages 1974 setzte Kardinal Turkson, Präsident des Päpstlichen Rates Justitia et Pax den Grundton seines Vortrags. Nachdem er die begriffliche Verwendung des Wortes „Krieg" nicht zuletzt vor dem Hintergrund des internationalen Kampfes gegen den Terrorismus kritisch befragte hatte, beschrieb Kardinal Turkson die vielfältige Realität von Gewalt und Kriegen in der Welt. Dabei machte er deutlich, dass eine differenzierte Rede von den Phänomenen wesentlich zu einem angemessen Umgang mit den Problemen gehört. Friede bedeute mehr als die Abwesenheit von Krieg, es müsse stets auch um Gerechtigkeit und die Freiheit der Menschen gehen. Man dürfe gerade auch in den Medien nicht leichtfertig von Friedensoperationen sprechen, wenn es sich tatsächlich um bewaffnete Konflikte und Kriege handele. In seiner Beschreibung der Entwicklung der kirchlichen Friedenslehre seit Benedikt XV. machte er deutlich, dass diese sich in der Auseinandersetzung mit den Problemen und Phänomenen der Gegenwart entwickelt. Dabei sind mit Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit zentrale Grundperspektiven gegeben, an denen sich unser Friedenshandeln auszurichten hat. Besondere Aufmerksamkeit widmete er, das südafrikanische Beispiel anführend, der Bedeutung religiöser Akteure im Aufbau von Frieden, in Vermittlungs- und Versöhnungsprozessen. Dabei führte er einige Überlegungen zu Wahrheit und Versöhnung sowie Gerechtigkeit und Vergebung aus. Ungeachtet aller strukturellen und systemischen Erwägungen betonte er die Abhängigkeit des Friedens von morgen von unserer Bereitschaft zur persönlichen Erneuerung.

### *- Gesprächsrunde -*

Dr. Ulrich Schlie, Bischof Dr. Stephan Ackermann

*Dr. Ulrich Schlie,* Leiter des Planungsstabes des BMVg reagierte als Gesprächspartner auf die Ausführungen des Kardinals. Er betonte die notwendige Vernetzung militärischer Einsätze mit anderen Instrumenten der Konfliktbearbeitung. Die ethische Legitimation militärischer Einsätze setze u.a. ihre völkerrechtliche Legitimierung voraus. Das „rule of law" müsse im Mittelpunkt stehen, gerade wenn die Staatenwelt sich zwischen Integration und Zerfall bewege. Schlie zitierte Barack Obama „wenn wir die Hoffnung auf Frieden aufgeben, verlieren wir den moralischen Kompass". Widerspruch rief Schlie mit der Einschätzung hervor, der militärische Einsatz sei nicht immer im zeitlichen Sinne „ultima ratio", sondern müsse in bestimmten Situationen früh- und rechtzeitig zum Einsatz kommen.

Gesprächsrunde mit Dr. Ulrich Schlie, Bischof Dr. Stephan Ackermann und Kardinal Peter Turkson

In dem anschließenden Gespräch, das *Bischof Dr. Ackermann* moderierte, und der Debatte mit den Konferenzteilnehmern unterstrich Kardinal Turkson die erforderliche Stärkung der UN, damit sie tatsächlich als globale Autorität fungieren könne. Die verbalen Zusagen z.B. für Peace-Keeping-Programme oder zur Halbierung der Armut (im Rahmen der MDGs) alleine reichten nicht aus, die Mitgliedsstaaten müssten ihre Zusagen auch einhalten, die Programme finanzieren oder ggf. Truppenkontingente stellen. Gefragt nach der ambivalenten Rolle von Religion und Gewalt stellte Turkson klar, Kirche sei heute Botschafter des Friedens. Am Beispiel des jüngsten Massakers von Jos, Nigeria, das in der Presse als religiöser Konflikt dargestellt worden sei, erläuterte er ethnische und wirtschaftliche Hintergründe, die der Gewalteskalation zugrunde liegen. Sowohl der Bischof wie der Emir von Jos hätten vor, in und nach den Kämpfen mäßigend und vertrauensbildend gewirkt.

Dr. Schlie betonte in der Diskussion, dass Gewaltprävention der Schlüssel für eine friedliche Zukunft sei. Dem müsse das neue strategische Konzept

der NATO-Allianz Rechnung. Entscheidend sei, ob es gelinge, die unterschiedlichen militärischen und zivilen Instrumente miteinander zu verbinden.

i.d.M. JP Kommissionsmitglied Generalleutnant Schelzig

An diesem Programmteil des friedenspolitischen Kongresses nahmen auch Generäle teil, die sich im Rahmen eines Besinnungstages der Katholischen Militärseelsorge einfanden und damit die Bedeutung des Bischofswortes „Gerechter Friede" für ihre Aufgabe würdigten.

## *Rüstungspolitik, Abrüstung und Weltfriedensordnung. Zur Wiederkehr eines unterschätzten Themas*

In seiner Einführung zeichnete *Prof. Dr. Michael Broszka* die Dynamiken von Rüstungspolitik, Abrüstung und Kriegsgeschehen der vergangenen zwanzig Jahre nach. Zunächst positive Entwicklungen seien zu Beginn der 90er Jahre an der rückläufigen Zahl der Kriege, an Abschlüssen verschiedener Abrüstungsverträge und nicht zuletzt in der weltweiten Ächtung von Minen und Streubomben durch zivilgesellschaftliches Engagement sichtbar geworden. Diesen positiven Entwicklungen stünden eine Zunahme sogenannter asymmetrischer Kriege, der ansteigende Einsatz privater militärisch ausgerüsteter Sicherheitsdienste in Konflikt und Kriegsregionen sowie das Stocken nuklearer Abrüstung in jüngster Zeit gegenüber. Die Auseinandersetzung mit der Rolle nuklearstrategischer Konzepte sei nach wie vor wesentlich für eine gelingende weltweite Abrüstung.

Abschlusspodium zur Abrüstung mit Moltmann, Gottwald, Casel (Moderation), Hoppe und Brzoska (von li nach re)

Der Abrüstungsbeauftragte im Auswärtigen Amt, *Botschafter Peter Gottwald* unterstrich die Dynamik, die Barack Obama u.a. mit „Global Zero" ausgelöst habe, aber sowohl die inneren US-amerikanischen Verhältnisse, etwa die Widerstände gegen den jüngsten START Vertrag wie auch die Grundgegebenheiten russischer Militärstrategie bieten kaum Aussichten für eine baldige Umsetzung eines ambitionierten Abrüstungsprogramms. Daher sei es, wie *Prof. Dr. Thomas Hoppe* ausführte, aufgrund zunehmender politischer Instabilität zunächst von wesentlicher Bedeutung, das labile System gegenseitiger nuklearer Bedrohung so umzustrukturieren, dass die Labilitäten einer Reihe von Ländern in Zustände größerer politischer Stabilität übergehen. Die angesichts der Existenz zahlreicher Nuklearwaffen immer latente (il)legale Proliferation könne nur durch wirkungsvolle internationale Zusammenarbeit kontrolliert und beherrscht werden. Dafür die Voraussetzungen zu schaffen, sei die dringlichste Aufgabe.

Die Teilnehmer des Podiums begrüßten ausdrücklich, dass das Ziel einer völligen nuklearen Abrüstung nunmehr, seit dem jüngsten NATO-Gipfel in Lissabon, auch Teil der NATO-Strategie selbst ist.. Doch basiere diese nach wie vor auf nuklearer Abschreckung. Erst ein Perspektivenwechsel, der sich von neuen Militärkonzepten leiten lasse, könne zu einer nachdrücklichen nuklearen Abrüstung führen.

Spielen Nuklearwaffen derzeit eine wesentlich politische Rolle, so kommt in gegenwärtigen Konflikten den Kleinwaffen höchste Relevanz zu. *Dr. Bernhard Moltmann,* der Vorsitzende der GKKE Fachgruppe Rüstungsexporte, unterstrich die Bedeutung internationaler Rüstungskontrollregime. Deutschland solle sich weiter entschieden für einen weltweiten Waffenhandelsvertrag, den sog. Arms Trade Treaty (ATT) einsetzen und auf eine Einbeziehung der Kleinwaffen drängen. Moltmann wies darauf hin, dass Rüstungsabbau bzw. Modernisierung der Waffen in Deutschland etwa beim Umbau der Bundeswehr oder in Europa nicht wie bisher dazu führen dürften, ausrangierte Systeme auf dem freien Markt zu verkaufen. Damit würde das Rüstungsproblem nicht nur verlagert sondern auch vergrößert.

Botschafter Gottwald brachte das UN Kleinwaffenaktionsprogramm und

Methoden dauerhafter Markierung von Kleinwaffen ins Gespräch. Damit könnten Lieferwege, bzw. die Wege von legalem Waffenhandel in illegale Geschäfte leichter nachgezeichnet werden. Deutschland könnte den Sitz im UN Sicherheitsrat für eine Initiative zur Regulierung der Kleinwaffenexporte nutzen.

Letztlich seien Sicherheitskonzepte insgesamt daraufhin zu verändern, dass der Vermeidung von gewaltaffinen politischen Situationen ein wesentlich größeres Gewicht eingeräumt werde. Krieg dürfe nicht Teil von Problemlösungsstrategien sein. Der Konfliktprävention als erstem Element der „Responsibility to Protect" müsse wesentlich mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Gewaltprävention müsse daher wesentlich früher ansetzen, auch im Bewusstsein möglicher Ambivalenzen. So bedürfte es in Fällen schwerer systematischer Menschenrechtsverletzungen des Ausbaus der Handlungsmöglichkeiten, auch wenn Regierungen unwillig oder unfähig zum Eingreifen seien. Die Kirche sei gefordert, diesen Einsichten entsprechenden Nachdruck zu verleihen.

*„Mitten in einer Welt voll Krieg und Gewalt kann die Kirche nicht als Sakrament des Friedens wirken, wenn sie sich anpasst. Diese Welt braucht keine Verdoppelung ihres Unfriedens durch eine Religion, die zu allem Ja und Amen sagt. Es geht um Pro und Kontra, Zustimmung und Widerspruch."*
*(Gerechter Friede (164))*

*Mehr zum Bischofswort „Gerechter Friede" unter* www.alt.dbk.de/gerechter-friede

*Reden und Beiträge des Kongresses auf unserer Website www.justitia-et-pax.de unter der Rubrik „aktuell".*

*Impressum*
*Deutsche Kommission Justitia et Pax*
*Kaiserstr. 161, 53113 Bonn*
*E-Mail: justitia-et-pax@dbk.de*
*Web: www.justitia-et-pax.de*
*Redaktion: Gertrud Casel*

*Deutsche Kommission Justitia et Pax - Einrichtung der Deutschen Bischofskonferenz und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken zur Förderung von Entwicklung, Menschenrechten und Frieden*